



18.12.2013

Rede zum Haushalt 2014 Dritte Lesung

Dr. Joachim Paul
Vorsitzender der Piratenfraktion im Landtag NRW

Es gilt das gesprochene Wort.

[Anrede]

Hier stehen wir mit unserem Landshaushalt, auf dem Boden unseres hochrangigsten parlamentarischen Rechts, dem Haushaltrecht. Und wieder einmal mehr müssen wir feststellen, aus dieser Königsdisziplin ist eine Bettlerdisziplin geworden! Die einen sagen, die Wirtschaft zuerst, erst dann kann entschieden werden, was investiert wird. Die Anderen kontern mit staatlichen Pflichtaufgaben und wichtigen Investitionen in die Zukunft. Und Beide haben recht – oder unrecht, nämlich immer dann, wenn nur jeweils eine Seite betrachtet wird. Schon hier wird deutlich, dass im Grunde nur ein ganzheitlicher Blick auf den Haushalt zielführend sein kann.

Hierzu lohnt es, sich einmal den rot-grünen Koalitions-vertrag in Nordrhein-Westfalen von 2012 in Erinnerung zu rufen. Dort ist vollmundig von einem Dreiklang die Rede, der diesen ganzheitlichen Anspruch erfüllen soll, einem Dreiklang aus Sparen, Investieren und Einnahmen Verbessern. Komisch nur, dass Sie das gut Investieren und Einnahmen verbessern immer irgendwie vergessen.

Beleuchten wir aber zunächst einmal den dritten Punkt, Einnahmen Verbessern.

Aus dem Bund kommen dort nicht wirklich neue Signale, Steuererhöhungen seien nicht vorgesehen, sagt der schwarz-rote Koalitionsvertrag. Stattdessen macht wieder das Argument von den mit 620 Mrd. Euro höchsten zu erwartenden Steuer-einnahmen aller Zeiten die Runde - diese würden es schon richten.

Einmal bei Licht betrachtet stellt sich jedoch schnell heraus, dass insgesamt 54 von 63 Steuerjahren in der Bundesrepublik solche Rekordeinnahmen gegenüber den Vorjahren erbrachten. Denn bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung sind solche Einnahmehuwächse bei den Steuern schlicht eine Selbstverständlichkeit! Wir sollten dieses Scheinargument also dorthin schicken, wo es hingehört, in das Reich der Demagogie, da hat Herr Lindner ja gerade den Vorturner gegeben!

Denn den zu erwartenden Einnahmen gegenüber steht die Tatsache, dass seit 2003 die Abschreibungen auf den staatlichen Kapitalstock die Bruttoinvestitionen in Deutschland weit übersteigen, in der Differenz war deutschlandweit ein Nettokapitalverzehr von 31 Milliarden Euro festzustellen.



Die öffentliche Infrastruktur verfällt zusehends – und diese öffentliche Armut schadet dem Marktstandort Deutschland nachhaltig – gerade hier in Nordrhein-Westfalen. Aber das, was sie im Bund vollbracht haben liebe frischgebackene Koalitionäre, das ist aus unserer Sicht Politikverweigerung.

Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen Infrastruktur: Breitbandanschluss ans Internet, Straßen und Brücken, sowie öffentlichen Personennahverkehr mit finanziellen Anreizen. Das ist auch für die Attraktivität als Unternehmensstandort sehr wichtig.

Laut der Daehre-Kommission zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur fehlen in Deutschland in den nächsten 15 Jahren insgesamt je 7,2 Mrd. Euro – also 108 Mrd. Euro in der Summe. Dabei ist noch nicht die Rede von Ausbau oder gar Modernisierung. Allein in die Verkehrsinfrastruktur in NRW müssten ab sofort jährlich fast 1,6 Mrd. Euro gesteckt werden – wie gesagt – für die nächsten 15 Jahre! Tatsächlich aber dürfte der erforderliche Betrag angesichts der besonderen Belastung der Netze in NRW sogar noch höher liegen. Und das ist alles andere als Luxus, sondern blanke Notwendigkeit – um verkehrspolitische Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Denn wir verfrühstückten gerade unsere Kernsubstanz.

Obwohl diese Zahlen inzwischen von weiteren Kommissionen bestätigt wurden und von allen in der Verantwortung stehenden Politikern zur Kenntnis genommen werden, wird weder auf Bundes- noch auf Landesebene gegengesteuert.

Minister Groschek ist hier das vergangene Jahr quasi in einer Endlosschleife durch den Landtag gehopst und hat stetig mehr Mittel vom Bund gefordert.

Und die Realität?

Im schwarz-roten Koalitionsvertrag werden sagenhafte 5 Mrd. Euro für die nächsten vier Jahre versprochen. Da kommen einem wirklich die Tränen. Wer Konzeptlosigkeit sichtbar haben möchte, braucht sich nur dieses Trauerspiel anschauen!

Das Geld reicht nicht mal für das Allernötigste.

Wir schaffen es nicht, die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens mit dem zu versorgen, was sie jetzt und in der Zukunft brauchen, zuallererst mit Bildung und Infrastruktur.

Präventive Haushaltspolitik á la Kraft bedeutet also negative Präventionsrendite.



Selbstverständlich sind neue Schulden nicht das Allheilmittel, aber ohne zusätzliche Einnahmen haben wir im Grunde nur die Wahl zwischen Pest und Cholera, entweder wir hinterlassen den uns Nachfolgenden einen stetig wachsenden Schuldenberg oder eine kaputte Infrastruktur und ein ineffizientes Bildungssystem. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse bleibt dann nur die kaputte Infrastruktur mit in die Zukunft verschobenen weiterhin steigenden Lasten.

Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen allerdings eine gute Jugendarbeit, gute Schulen und dringend die hilfreichen Schulsozialarbeiter, damit genug Qualifikation und auch Motivation für unsere Gesellschaft und nicht zuletzt für unsere Wirtschaft entsteht. Nach vier Jahren rot/grüner Mängelverwaltung ist aus unserer Sicht vom Ziel „Kein Kind zurücklassen“ nicht viel übrig geblieben.

Mit Blick auf die Schuldenbremse kann es einem Angst und bang werden. Und was haben Sie, Frau Ministerpräsidentin Kraft, dazu zu sagen: Sie haben auch in Richtung der Piratenfraktion in der letzten Haushaltsdebatte angemahnt: wir sollen doch nicht alles so schwarz malen, es sei doch auch vieles gut, schön und auf dem richtigen Weg in unserem Nordrhein-Westfalen.

Ja, stimmt. Vor allem das ist schön, was die Bürgerinnen und Bürger hier tagtäglich leisten. Die Frage ist nur: Wo bleibt deren Lohn für die über Jahrzehnte immens gestiegene Produktivität?

Man führe sich bitte einmal Folgendes vor Augen: 1965, am Ende der Babyboomer-Jahrgänge, lebte jedes 75. Kind von Sozialhilfe, heute ist es jedes fünfte.

Was daran – selbst nur rein volkswirtschaftlich betrachtet - sinnvoll sein soll, erschließt sich uns nicht! Je weniger Kinder wir haben, umso schlechter gehen wir mit ihnen um, schreibt der Vorsitzende Richter am hessischen Sozialgerichtshof, Jürgen Borchert, in seinem Buch „Sozialstaatsdämmerung“.

In der Seefahrt heißt es konsequent „Women and Children first - Frauen und Kinder zuerst in die Rettungsboote“ – in der Politik aber ergibt sich heute: „Frauen und Kinder zuerst in die Armut!“

Nachhaltigkeit – und ich betone das hier: in jeder Hinsicht! - sieht anders aus. Ganz anders.

Im Gegenteil, wir sind dabei, auch unsere Innovationskraft, denn genau das bedeuten gut ausgebildete Menschen – auf Raten nachhaltig zu schädigen.

Im Hinblick auf die Einnahmeseite fordere ich die Landes-SPD auf, ihren Koalitionsvertrag hier in Nordrhein-Westfalen zu erfüllen,



daraus folgt unmittelbar, dass Sie sich im Bund auch weiterhin konsequent für eine Verbesserung der Einnahmeseite einsetzen. Müssen, Koalitionsvertrag hin oder her!

Aber dieser ist ja das Papier nicht wert, weil er auf dem Fundament neuer Steuereinnahmen aus dem Bund aufgebaut ist.

Nun mag man der Ansicht sein, dass im schwarz-roten Bundeskoalitionsvertrag nicht schlecht verhandelt wurde, insbesondere dann, wenn parteipolitisches Kalkül im Spiel ist.

Nichts, aber auch gar nichts ist im Koalitionsvertrag der Großen Koalition enthalten, was unserem Land höhere Einnahmen bringt.

Nichts zu einer Neuaufteilung von Gemeinschaftssteuern oder zu einer Wiedereinführung der Vermögenssteuern, obwohl die SPD im Wahlkampf ja versprochen hatte, etwas gegen den Trend der ständig steigenden Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen zu tun.

Halten wir also fest, mehr und wichtige Kohle für NRW gibt es nicht, es sei denn, sie ist braun und im Tagebau zu fördern.

Ich hätte mir gewünscht, die Landesregierung würde es zumindest als Ziel formulieren, dass an der Aufteilung der Gemeinschaftssteuern zwischen Bund und Land etwas geändert wird.

Durch die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs wird sich ja wohl auch nichts für NRW verbessern. Die Lage ist wie sie ist, wie also handeln in Zeiten von knappen Kassen? Die Devise muss nach unserer Auffassung lauten:

Mehr Mut zur Zukunft! Beziehungsweise „Gestalten statt verwalten!“

Verkehr

Nehmen wir als Beispiel nochmal die Verkehrsinfrastruktur:

Für Nordrhein-Westfalen liegen uns Zahlen vor, nach denen allein die effiziente Erhaltung der kommunalen U- und Stadtbahnssysteme 1,1 Mrd. Euro erfordert. Mit diesem Geld werden keine Bahnhöfe gebaut oder nur saniert oder modernisiert. Dieses Geld ist allein für die Systeme selbst erforderlich.

Es wird damit aber auch kein einziger Meter neuer Schienenstrecken gebaut, nein, die existierenden Strecken sollen damit wieder funktionstüchtig gemacht werden.



Geschieht dies nicht, werden wir in absehbarer Zeit gerade in den finanzschwachen Kommunen des Ruhrgebiets mit den fatalen Folgen einer solchen kurzsichtigen Politik konfrontiert werden:

Die Zahl der Verspätungen, der Zugausfälle und sogar der Streckenausdünnungen und -stilllegungen wird weiter wachsen und zu volkswirtschaftlichen Schäden immensen Ausmaßes beitragen. Aber das kennen sie ja schon aus ihrem Wahlkreis, Frau Ministerpräsidentin.

Eine funktionierende, zuverlässige und zeitgemäße Verkehrsinfrastruktur ist kein Luxus, sondern zwingende Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der Regionen.

Sie ist auch Kommunalpolitik par excellence!

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist standortrelevant, sie ist attraktiv für die Bevölkerung und die Unternehmen und bringt Mobilität für Alle. Mit einer Schlüsselinvestition in diese Systeme können wir also entscheidend dazu beitragen, die kommunale Wirtschaftskraft zu befördern, die Steuereinnahmen zu erhöhen und den Beschäftigungsstand zu verbessern.

Ein gut ausgebauter ÖPNV trägt darüber hinaus entscheidend zum Klimaschutz und zur Feinstaub-reduzierung bei. Er erhöht damit nicht so ganz nebenbei auch die Lebens- und Wohnqualität in diesen Kommunen.

Jeder Euro, den wir so ausgeben, zahlt sich vielfach aus. Die Qualität des ausgegebenen Euro zählt!

Denn ein Euro für den ÖPNV, für die Verkehrsinfrastruktur ist eine Zukunftsinvestition wie kaum eine andere. Damit werden volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekte produziert, die ein Vielfaches der Ursprungsinvestition ausmachen. Deshalb sind solche Ausgaben auch schuldenbremsen-fest.

Zurück zum Koalitionsvertrag und den dort verabredeten 5 Mrd. Euro:

Wir reklamieren gemäß dem Königsteiner Schlüssel einen Betrag von 1,062 Mrd. Euro für Nordrhein-Westfalen.

Und wir erwarten von der Landesregierung, dass sie analog zu ihrem Verfahren im Bildungshaushalt diese Einnahmen entsprechend der objektiv gegebenen Notwendigkeiten einplant.

1,062 Mrd. Euro für die Sanierung der kommunalen U- und Stadtbahnsysteme.



1,062 Mrd. Euro, die gemäß der Empfehlungen der vorliegenden Gutachten für den akutesten Sanierungsbedarf dieser Systeme innerhalb der nächsten drei Jahre 2014, 2015 und 2016 investiert werden müssen.

Das heißt, dass wir die fest einzuplanenden Einnahmen vorziehen wollen.

Nicht über einen Zeitraum von vier Jahren, sondern über einen Zeitraum von drei Jahren sollen diese 1,062 Mrd. Euro in diese Systeme investiert werden – weil diese Systeme sonst kaputt gehen und Kosten entstehen, die den Investitionseffekt zu einem guten Teil auffressen.

Nicht viermal 265,5 Mio. Euro, sondern dreimal 354 Mio. Euro sollen so in die kommunale Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Und – es kommt den Kommunen zugute!

Das nennen wir Piraten effizient, auch in Zeiten von knappen Kassen.

Bildung

Oder schauen wir uns die Bildungspolitik dieser Regierung an. Für uns ist die Grundlage im Sinne der Menschen- und Bürgerrechte, die Teilhabe an den gesellschaftlichen Errungenschaften zu verbessern.

Es ist noch viel Luft nach oben, was die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Teilhabe angeht.

Hier spielt Bildung eine wichtige Rolle. Bildung bedeutet, frei nach Hegel, sich für andere, für anderes und für allgemeine Gesichtspunkte zu öffnen, zu interessieren.

Und Teilhabe an Bildung ist ein Schlüssel zur Teilhabe an Kultur. Dies ist in seiner vollen Bedeutung anzuerkennen. Ein lediglich verkürztes Verständnis von Bildung als einer Ausbildung zu zweckmäßigen Kompetenzen, die wirtschaftlich nützlich sind, verbietet sich. Die Bedeutung von Wissen und Können für den wirtschaftlichen Erfolg eines rohstoffarmen Industrie-staates wie Deutschland möchte ich nicht in Abrede stellen. Ganz und gar nicht.

Doch die Gründe für die großen Bemühungen um eine möglichst gute Bildung für möglichst viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind grundlegender und vielfältiger als bloße wirtschaftliche Effizienz.

Weil dort – anders als in reinen Bedarfsanalysen – die noch nicht bekannten Bedarfe von morgen bereits mitgedacht sind.



Deshalb sind wir auch begeisterte Befürworter der schulischen Inklusion.

Gut umgesetzt bietet sie allen Kindern und Jugendlichen, ob mit oder ohne Behinderung oder besonderen Förderbedarfen, wertvolle Anregungen und Anlässe zu neuen Erfahrungen. Gut umgesetzt bietet sie allen Kindern und Jugendlichen guten Unterricht.

Dann ist sie ein besseres Angebot, als es die alten, separierenden Systeme zu leisten im Stande sind. Sie haben als Landesregierung von NRW die Inklusion an unseren Schulen in eine erste gesetzliche Form gebracht.

Ist ihnen dabei eine gute Umsetzung gelungen?

Die Antwort ist ein klares Nein!

Bislang verweigern sie den Schulträgern - also vor allem den Städten, Kreisen und Gemeinden - die notwendige Unterstützung für Investitionen an Schulen, die bislang noch keine Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichten.

In besonderem Maße gilt dies für die Grundschulen, die zum nächsten Schuljahr flächendeckend auf gemein-sames Lernen umstellen werden.

Wir meinen, hierfür sind als Sofortmaßnahme Mittel zur Verfügung zu stellen.

Frau Kraft, ihre Landesregierung sieht das anders. Außer für die staatlichen Schulen, bei denen das Land der Träger ist. Für diese haben sie schon mit dem Haushalt 2013 die Mittel für Investitionen für den Ausbau inklusiver Angebote erhöht. Die große Mehrheit der Schulen hingegen muss jetzt auf einen günstigen Ausgang der Verhandlungen zwischen ihnen und den Kommunalvertretern hoffen.

So baut man für das Projekt Inklusion kein Vertrauen auf.

Die Gesetzgebung der Landesregierung zur Inklusion hat die erhoffte Klarheit und Sicherheit für die Betroffenen eben nicht gebracht.

Wir hören von Schulen, die ihre Elterninformationsveranstaltungen immer weiter verschieben. Statt zum November werden sie jetzt für Februar geplant. Weil man an den Schulen zurzeit gar nicht weiß, unter welchen Bedingungen der Unterricht für das kommende Schuljahr organisiert werden kann.

Bei den Lehrkräften herrscht große Unsicherheit, denn auch sie und auch wir kennen nur die Anzahl der Stellen, die dieses Stellenbudget für die Schulen im Land für das nächste Schuljahr umfassen wird.



Ob diese Zahl geeignet ist, den Bedarf zu decken, können wir aber überhaupt nicht abschätzen, solange wir nichts über die Kriterien der Verteilung wissen. Das ist über die Maßen intransparent und macht in dieser Sache eine wirksame parlamentarische Kontrolle, unmöglich. Auch wenn wir ihre Bemühungen im Grund anerkennen, das können wir nicht akzeptieren!

Nur eine Schule, an der Kinder und Jugendliche aus allen Gruppen gleichermaßen vom Unterricht profitieren, entspricht unseren Vorstellungen einer freiheitlichen Demokratie. Noch ist der Einfluss der Herkunft auf den Schulerfolg viel zu groß. Das gilt für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien und besonders für Menschen mit Migrationsgeschichte. Aktuell weist hierauf z.B. der Zwischenbericht der Studie „Bildung, Milieu und Migration“ hin.

Und auch einen weiteren wichtigen Hinweis geben uns die Wissenschaftler: Der Schulerfolg der jungen Menschen aus Migrantenvorlagen hängt in besonderem Maße vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer ab. Es hängt also ganz wesentlich von den Lehrkräften ab.

Von Begeisterung und von überdurchschnittlichen Bemühungen der Lehrkräfte profitieren diese Kinder besonders.

Doch für dieses Engagement müssen auch geeignete Bedingungen für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen geschaffen werden.

Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Sonst geht auch den überzeugtesten Vollblut-Pädagogen buchstäblich die Luft aus.

Wir brauchen aber diese Vollblut-Pädagogen!

In diesem Zusammenhang auch noch ein paar Worte zur Schulsozialarbeit:

Was das Land heute für Bildung und Soziales ausgibt, zahlt sich später doppelt und dreifach aus. Einerseits, weil weniger Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, andererseits, weil mit einem höheren Wirtschaftswachstum auch die Steuereinnahmen steigen. Wir Piraten sehen das genauso und wir wollen auch diese Politik hier im Landtag unterstützen.

Keine Kamera, in die Minister Schneider nicht die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit getutet hat!

Aber und das bleibt festzuhalten: Sie lassen die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Regen stehen.

Und das alles nur, weil es Kompetenzgerangel in der Finanzierung gibt und hier eben nicht die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen.



Entscheidend ist für uns, dass die kontinuierliche Arbeit der Schulsozialarbeiter in NRW weitergeführt werden kann und die Sozialarbeiter nicht mehr in diesem Schwebezustand verweilen und scharenweise den Schulen weglauen, weil die Finanzierung nicht klar ist.

Das ist für uns präventive Sozialpolitik.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen müssen den Sozialarbeitern und Kommunen erklären, dass sie leider nicht mehr Geld dafür ausgeben wollen. Das ist unverantwortlich!

Und wenn sie schon uns nicht glauben, dann glauben sie doch der Empfehlung des Schulministeriums NRW vom 27. Juni 2012 zu den Perspektiven der Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf in NRW:

Durch verstärkten Einsatz von Sozialpädagogen sollen Probleme der Schüler bearbeitet werden und auch Wissenstransfer ins Kollegium hinein betrieben werden.

Bildung bedeutet auch, sich der Zukunft zu öffnen.

Es gilt, die Vorteile der technologischen Entwicklung für unsere Schulen und die anderen Bildungseinrichtungen wirksam zu nutzen. Die Digitalisierung birgt große Chancen für die Bildung, die noch völlig unzureichend genutzt werden. Über das Internet hat jeder leicht Zugang zu Informationen und kann sich leicht austauschen. Es ist nun technisch möglich, Bildungsangebote für die Allgemeinheit, für alle, zu öffnen.

Die Kosten für den Zugang zu Wissen und Anregung sinken beständig.

Aber das Potential der Digitalmedien für die Weiterentwicklung von Unterrichtsangeboten wird von der Landesregierung bisher eher erahnt als erblickt. Die Potentiale werden in NRW noch längst nicht ausgeschöpft.

Aber die Entwicklung bringt auch neue Herausforderungen mit sich.

Bisher partizipieren und profitieren nicht alle gleichermaßen an den Vorteilen der neuen Medien. Für viele sind sie lediglich weitere Zerstreuungsangebote. Nun ist gegen Zerstreuung grundsätzlich nichts zu sagen. Es besteht auch kein Anlass zur Furcht vor Computerspielen und Video-Streaming.

Es ist nur nicht alles, was geht. Aber genau an diesem Punkt, der Frage, wie man die Nutzung von Computer, Smartphone und Internet kennenlernen, droht sich eine neue soziale Frage zu entzünden. Deshalb ist es dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um noch mehr als bisher zu gewährleisten, dass die Jugendlichen Computer und Co. auch als Arbeits- und Beteiligungsmittel kennen lernen.



Hierfür haben wir in verschiedenen Anträgen Vorschläge gemacht. Wir wollen den Einstieg in Schulbücher unter freien Lizenzen mit Ideenwettbewerben fördern.

Unser Vorschlag ist dabei, auf diesem Wege die Produktion von 16 Schulbüchern als Open Educational Resources für die Hauptfächer an Grundschulen und für die Jahrgänge 5 und 6 zu ermöglichen. Diese würden nicht nur allen Schulen und der Öffentlichkeit ohne Lizenzgebühren in geeigneten Dateiformaten zur Verfügung stehen.

Außerdem könnten Lehrerinnen und Lehrer diese Materialien weiter bearbeiten, um sie an ihren Unterricht anzupassen, ohne dabei Urheberrechte zu verletzen.

Wir wollen auch, dass die Medienberatung NRW etwas mehr Sachmittel bekommt.

Nur dann kann sie ihre wichtigen Beratungsaufgaben erfüllen und die Entwicklung an den Schulen wirksam unterstützen. Denn um die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu verbessern ist es notwendig, die Lehrerinnen und Lehrer fortzubilden und die Schulen bei der Nutzung von IT zu beraten. Gegenwärtig ist das Budget der Medienberatung so knapp kalkuliert, dass sie nur ein eingeschränktes Angebot bieten kann.

Um das Thema weiter voran zu bringen, haben wir im November mit dem Antrag Bildungsinnovation 2020 einen Vorschlag gemacht, wie mit EU-Förderung der flächendeckende Ausbau und die Modernisierung der Nutzung von Digitalmedien in den öffentlichen Bildungseinrichtungen vorangebracht werden kann.

Hierzu erwarten wir eine sachliche Diskussion und Ihre Bereitschaft, Maßnahmen zu ergreifen. Die Rahmenbedingungen sind jetzt günstig. Es gilt, jetzt die Weichen auf Zukunft zu stellen. Wir können es uns nicht erlauben, Fortschritte zu verstolpern.

Und machen wir uns nichts vor, all das ist auch gelebte Kommunalpolitik. Denn Kommunen sind weit mehr, als bloße Kassengemeinschaften. In ihnen kann Demokratie sinnlich begreifbar gemacht werden.

Aber wenn es stimmt, was Günter Dux sinngemäß sagt, nämlich dass die Demokratie diejenige Staatsform sei, die dazu bestimmt ist, zuallererst die gesellschaftlichen Bedingungen einer selbstbestimmten Lebensführung zu schaffen, dann ist die Politik auf dem Weg, ihr Ziel zu verfehlten.

Und dafür stehen Sie in der Verantwortung! Nachhaltigkeit sollte das oberste Ziel der Politik – und insbesondere der Haushaltspolitik von heute sein.

Vielen Dank!